

90 Jahre jung und immer noch knackig grün!

Die Internationale Grüne Woche (IGW) fand im Januar 2016 zum 81. Mal in Berlin statt. Diese, in ihrer Ausrichtung einzigartige internationale Ausstellung der Land- und Ernährungswirtschaft sowie des Gartenbaus wurde vor 90 Jahren (1926) gegründet. 1660 Aussteller aus 65 Ländern stellten sich und ihre Produkte auf 118.000 Quadratmetern Ausstellungsfläche bei der jüngsten Ausgabe knapp 400.000 Besuchern vor.

Mit Marokko, das zum 49. Mal an der Messe teilnahm, war erstmals ein afrikanisches und gleichzeitig außereuropäisches Land Partnerland der IGW. Es präsentierte auf seinem Stand alle wichtigen Nahrungs- und Genussmittel, die aus Marokko stammen. Dazu zählen unter anderem Oliven, Safran, Datteln, Couscous, Mandeln und Walnüsse.

IGW als Plattform für Politik

Neben der Möglichkeit für Fachpublikum und Besucher, sich über alle Stufen der Wertschöpfungskette im Bereich der Agrar- und Ernährungswirtschaft zu informieren, bietet die IGW auch jedes Jahr eine Plattform für die Politik. So statteten allein Landwirtschaftsminister aus 65 Ländern der Messe einen Besuch ab. Die deutsche Politik wurde durch Bundespräsident Joachim Gauck, die Bundesminister Christian Schmidt (Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft) und Dr. Gerd Müller (Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), sowie sieben Regierungschefs aus den Bundesländern repräsentiert. Phil Hogan, EU-Kommissar für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, vertrat die Europäische Kommission.

Wie auch in den vergangenen Jahren tagte im Rahmen der IGW das Global Forum for Food and Agriculture (GFFA). Hier diskutierten rund 2.000 Vertreter aus Politik und Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft aus über 100 Ländern die Frage: „Wie ernähren wir die Städte? - Landwirtschaft und ländliche Räume in Zeiten von Urbanisierung“. Die politische Dimension der IGW wird auch dadurch deutlich, dass Russland der Ausstellung in diesem Jahr fern blieb. Dies hat den Hintergrund, dass Russland seit August 2014 ein Importembargo für zahlreiche Agrarprodukte aus der EU verhängt hat. Das Land reagierte dadurch auf die Wirtschafts-

sanktionen der EU, die diese im Zuge der Ukraine-Krise gegen Russland erlassen hatte. Das russische Embargo stellt für den Agrargroßhandel eine erhebliche Belastung dar. Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt äußerte hierzu die Hoffnung, dass im Zuge einer anstehenden Entscheidung der Welthandelsorganisation neue Bewegung in die Gespräche mit Russland kommen und somit eine Lockerung oder Aufhebung des Importstopps für Lebensmittel aus der EU erreicht werden könne. In den kommenden Wochen werde sich zeigen, ob hierfür realistische Chancen bestünden und wann es zu einem Ende des Importembargos kommen könne. Ein Sprecher des Bundeslandwirtschaftsministeriums betonte, sein Haus habe den Kontakt zur russischen Seite auch in den letzten Monaten aufrechterhalten. So solle gewährleistet werden, dass deutsche Unternehmen im Falle einer Beendigung der russischen Import-Restriktionen unmittelbar wieder nach Russland liefern können.

BGA-Mitglieder diskutieren über Agrexport

Ebenfalls im Januar fand die 230. Sitzung des Wirtschaftsausschusses für Außenhandelsfragen beim BMEL (WAA) in den Räumlichkeiten des BGA statt. Das Thema des ersten Teils der Sitzung lautete „Strategien und Strukturen für den Agrexport“. Zunächst gab der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, Peter Bleser, einen Überblick über die Maßnahmen und Aktivitäten seines Hauses, mit denen der Export deutscher Agrargüter gefördert wird.

Danach stellten Arnaud Brizay, Agrarattaché der französischen Botschaft in Berlin und Ton van Arnhem, Leiter der Abteilung Natur und Lebensmittelqualität der niederländi-

schen Botschaft in Berlin die Strategien ihrer Länder in diesem Bereich vor. Im Anschluss entwickelte sich eine lebhaft Diskussion der WAA-Mitglieder mit den Ländervertretern. Der BGA zählt zu den vier Hauptgruppen, aus denen sich der WAA zusammensetzt (Landwirtschaft, Ernährungsindustrie, Außenhandel, Verbraucher) und entsendet neun von aktuell insgesamt 37 Mitgliedern in das Gremium.

Im zweiten Teil der Sitzung berichtete Dr. German Jeub, Leiter der Abteilung 6 im BMEL (EU-Politik, Internationale Zusammenarbeit, Fischerei) über aktuelle Entwicklungen in der Handelspolitik. So wurde bei der 10. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation, die im Dezember 2015 in Nairobi, Kenia, stattfand, eine Einigung darüber erzielt, Exportsubventionen im Agrarbereich weltweit abzuschaffen. Entwickelte Ländern sollen die Subventionen umgehend, Entwicklungsländer bis 2018 abschaffen. Der BGA setzt sich seit langem für eine Abschaffung jeglicher Exportsubventionen ein und begrüßt diesen Schritt daher ausdrücklich.

[Sebastian Werren]

BGA AKTUELL

BGA zum Jahreswirtschaftsbericht: Es bleibt viel zu tun!

"Deutschland wird auch in diesem Jahr erfreulich robust wachsen können. Zugleich sehen sich die Unternehmen mit zahlreichen Risiken konfrontiert. Geopolitische Unsicherheiten und eine schwächelnde Weltwirtschaft drücken auf die Stimmungslage und führen zu Zurückhaltung bei der privaten Investitionstätigkeit, obwohl die Binnenkonjunktur sich weiterhin erfreulich stabil zeigt und auch der Außenhandel sich in diesem schwierigen Fahrwasser, nicht zuletzt dank billigem Euro, gut behauptet." Dies erklärt BGA-Präsident Anton F. Börner zu dem heute vorgestellten Jahreswirtschaftsbericht 2016.

"Die Bundesregierung tut gut daran, mit politischem Geschick und Beharrlichkeit die europäischen Herausforderungen aus Flüchtlingsströmen und Euroschuldenkrise gemeinschaftlich zu lösen. Der Jahreswirtschaftsbericht lässt jedoch ebenso anklingen, dass auch in Deutschland noch eine Reihe von strukturellen Aufgaben zu meistern sind. Die Verstärkung öffentlicher Investitionen in die Infrastruktur, Impulse für private Investitionen und den Wohnungsbau, die Förderung der Digitalisierung in der Breite der Wirt-

schaft sowie der Abbau von Bürokratie stehen auf der Agenda. Diese drängenden Aufgaben dürfen nicht vernachlässigt werden, wenn wir die aktuell gute Wettbewerbsposition, um die uns viele Wettbewerber beneiden, langfristig behaupten wollen", so Börner abschließend.

① BGA-Pressemitteilung (Auszug) vom 27. Januar 2016

China wird dem deutschen Einzelhandel zu teuer

Weil die Produktionskosten von Konsumgütern in China steigen, wendet sich der importierende Einzelhandel in Deutschland vermehrt anderen Lieferländern zu. Die meisten Einzelhändler rechnen zudem für 2016 mit steigenden Verbraucherpreisen. Dies ergab eine Mitgliederumfrage der Außenhandelsvereinigung des Deutschen Einzelhandels e.V. (AVE).

China hat im vergangenen Jahr erstmals seit 2009 weniger Waren ins Ausland exportiert als im Vorjahr (-2,6 Prozent). Nachdem das Land bei den Exporten über Jahre hinweg teils zweistellige Wachstumsraten erzielt hatte, sind die Zahlen seit sechs Monaten beständig negativ. Die aktuelle AVE-Mitgliederumfrage unter Deutschlands wichtigsten Einzelhändlern spiegelt diesen Trend deutlich wider: So gaben 90 Prozent der befragten Unternehmen an, 2016 verstärkt Ware aus anderen Lieferregionen beziehen zu wollen. 80 Prozent der Befragten haben bereits 2015 ihr Importvolumen aus China reduziert. Sämtliche Teilnehmer der Befragung (100 Prozent) machen gestiegene Kosten für diese Entwicklung verantwortlich.

China ist nach wie vor mit Abstand das wichtigste Importland für den deutschen Einzelhandel. Für die Zukunft rechnet die Branche allerdings damit, dass die Wettbewerbsfähigkeit Chinas als Lieferland weiter sinken wird. Dieser Auffassung sind 78 Prozent der Befragten. Eine steigende Bedeutung als Lieferland erwarten die Einzelhändler bei Myanmar (78 Prozent), Bangladesch (67 Prozent) und Vietnam (56 Prozent). Alle Befragten glauben, dass Chinas Bedeutung als Lieferland für den deutschen Einzelhandel 2016 weiter abnehmen wird.

① AVE-Pressemitteilung (Auszug) vom 21. Januar 2016

Bürokratiebremse wirkt nicht: MetallVERBAND beklagt steigenden Verwaltungsaufwand

Der VDM, der die Unternehmen der Nichteisen-Metallwirtschaft vertritt, relativierte damit die Ergebnisse

einer Untersuchung des Statistischen Bundesamtes zu den bürokratischen Belastungen von Unternehmen in Deutschland, die in Berlin vorgestellt wurde. Laut der Untersuchung des Statistischen Bundesamtes stellt die Wirtschaft der öffentlichen Verwaltung „insgesamt ein ordentliches Zeugnis aus“. Das Statistische Bundesamt stützt sich dabei auf eine Befragung von 1572 Unternehmen.

Ralf Schmitz, Hauptgeschäftsführer des VDM, sieht dagegen bei der großen Mehrheit der Betriebe nach wie vor eine große Unzufriedenheit über das hohe Maß an bürokratischen Auflagen. „Das Ziel der Bundesregierung, die Bürokratie einzudämmen, ist eine gute Sache, hat unsere Mitgliedsbetriebe aber noch lange nicht erreicht. Wenn ihnen jährlich im Schnitt allein 124.000 Euro zusätzlich an Personalkosten entstehen, nur um die Einhaltung rechtlichen Vorgaben zu gewährleisten, ist das eindeutig zu viel“. Schmitz bezieht sich bei seinen Aussagen auf die Ergebnisse einer verbandsinternen Mitgliederbefragung, der zufolge die Unternehmen des Metallhandels und der Nichteisen(NE)-Metallrecyclingwirtschaft einen stetig steigenden Aufwand für die Einhaltung und Umsetzung von Gesetzen und Vorschriften feststellen.

Mit der im Juli 2015 eingeführten Bürokratiebremse ist die Bundesregierung erstmals eine Selbstverpflichtung eingegangen, die hohen bürokratischen Belastungen für Unternehmen nicht weiter ansteigen zu lassen. „Wir geben die Hoffnung nicht auf, dass die guten Vorsätze der Bundesregierung im Tagesgeschäft der Betriebe irgendwann auch spürbar sind“, so der VDM-Hauptgeschäftsführer.

① VDM-Pressemitteilung (Auszug) vom 14. Januar 2016

AUSSENWIRTSCHAFT

Preisträger gesucht: Zum neunten Mal wird der Preis der Deutschen Außenwirtschaft verliehen

Herausragendes unternehmerisches Engagement, nachhaltiger wirtschaftlicher Erfolg, strategische Erschließung neuer Märkte, aber auch die Nutzung neuer Kommunikationswege: eine Reihe von Aspekten werden bewertet, wenn es darum geht, die neunten Preisträger zu finden, die im Rahmen des Deutschen Außenwirtschaftstages am 19. April in Bremen die Auszeichnung erhalten werden. Vor allem kleine und mittelständische Unternehmen sind aufgefordert, sich bis zum 10. März zu bewerben.

»DIREKT AUS BERLIN«

Ausgabe 04 | 29. Januar 2016 | Jahrgang 22 | Seite 3

Unter der Schirmherrschaft von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel beginnt am Dienstag, 19. April, der 11. Deutsche Außenwirtschaftstag in Bremen. Rund dreihundert Teilnehmende werden unter dem Motto ‚Global, digital, frei‘ über die aktuellen Herausforderungen der Außenwirtschaft diskutieren. Die Verleihung des Preises hat Tradition und ist der krönende Abschluss der eintägigen Veranstaltung. Im historischen Bremer Rathaus werden die Preisträger geehrt. Zuletzt ging der Preis 2013 an die Hamburger DERMALOG Identifications Systems GmbH, die weltweit automatische Fingerabdruck-Identifikationssysteme vertreiben.

Träger des Deutschen Außenwirtschaftstages 2016 sind das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, der Senat der Freien Hansestadt Bremen, die Handelskammer Bremen, der Bundesverband des Deutschen Exporthandels e.V., der Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V., der Deutsche Industrie- und Handelskammertag, der Bundesverband der Deutschen Industrie e.V., der Zentralverband des Deutschen Handwerks, die Deutschen Auslandshandelskammern sowie Germany Trade & Invest.

[Andrea Hideg]

- ① Das Formular für den Preis der Deutschen Außenwirtschaft finden alle Interessierten unter www.aussenwirtschaftstag.de/preis-ueber.
- ① Das Programm und die Online-Registrierung finden Interessierte unter www.aussenwirtschaftstag.de. Anmeldeschluss ist am 8. April 2016.
- ① Bewerbungen und Rückfragen: Andrea Hideg, Tel. 030 590099-591, andrea.hideg@bga.de

STEUERN

Geerbtes und geschenktes Vermögen im Jahr 2014 auf über 100 Milliarden Euro gestiegen

Im Jahr 2014 erhöhte sich das geerbte und geschenkte Vermögen um 54,6 % gegenüber dem Vorjahr auf 108,8 Milliarden Euro. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Destatis) beliefen sich die von den Finanzverwaltungen veranlagten Vermögensübertragungen aus Erbschaften und Vermächtnissen auf 38,3 Milliarden Euro (+ 25,7 %) und aus Schenkungen auf 70,5 Milliarden Euro (+ 76,8 %).

- ① Pressemitteilung DESTATIS (Auszug) vom 7. Oktober 2015

WOHNUNGSBAU

Baupreise für Wohngebäude im November 2015: + 1,6 % gegenüber November 2014

Die Preise für den Neubau konventionell gefertigter Wohngebäude in Deutschland (Bauleistungen am Bauwerk einschließlich Umsatzsteuer) stiegen im November 2015 gegenüber November 2014 um 1,6 %. Wie das Statistische Bundesamt weiter mitteilt, hatte der Preisanstieg im August 2015 im Jahresvergleich ebenfalls bei 1,6 % gelegen. Von August 2015 auf November 2015 erhöhten sich die Baupreise um 0,2 %.

 Pressemitteilung DESTATIS (Auszug) vom 8. Januar 2016

BBG


Mediaton: effektive, kostengünstige, zeitsparende Konfliktlösung

Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen am Arbeitsmarkt, insbesondere dem Ringen um Fachkräfte, ist eine innovative Personalpolitik unerlässlich. Die BBG GmbH bietet in Abstimmung mit dem BGA eine interessante Dienstleistung an, die eine wirksame Alternative zur Streitbeilegung - z. B. zum Gerichtsweg - darstellt: Die Mediation.

Mediation ist ein vertrauliches und strukturiertes Verfahren, bei dem Parteien mit Hilfe eines Mediators freiwillig und eigenverantwortlich eine einvernehmliche Beilegung ihres Konflikts anstreben. Das Wirtschaftsprüfungsunternehmen KPMG hat veröffentlicht, dass in Betrieben mit weniger als 1.000 Mitarbeitern die Konfliktkosten wegen Ausfall von Mitarbeitern auf bis zu 500.000 Euro steigen können. Unbewältigte Konflikte verbrauchen 10 bis 15 Prozent der Arbeitszeit. Bei Führungskräften steigt der Anteil exponentiell. Sie verbringen sogar 30 bis 50 Prozent ihrer wöchentlichen Arbeitszeit damit, Konflikte zu lösen. Für die arbeitsrechtliche Beratungspraxis ist von Interesse, dass jedes Jahr im Schnitt eine halbe Million Klagen die deutschen Arbeitsgerichte beschäftigen.

Mediation ist daher eine sinnvolle Ergänzung und Alternative bei der Beratung von mittelständischen Unternehmen. Das Verfahren der Mediation kann in allen Bereichen der Gesellschaft eingesetzt werden. Die BBG

bietet ab sofort eine kostenlose Erstberatung an, ob das Verfahren der Mediation für den konkreten Sachverhalt geeignet ist.

 Weitere Informationen können in der Geschäftsstelle angefordert werden.

BGA »DIREKT-SERVICE«

Bitte per Fax an 030 590099-519

Bitte senden Sie mir folgende Dokumente per E-Mail an unten stehende Adresse:

BBG-Berater Mediation

E-Mail Adresse

Zitat der Woche

»Polen hat mit Putins Russland nichts zu tun. Die Regierung ist in freien und fairen Wahlen gebildet worden.«

Rebecca Harms, Fraktionschefin der Grünen im Europaparlament.

Impressum

Herausgeber: Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. | 10873 Berlin
Telefon: 030 590099-50 | Telefax 030 590099-519
info@bga.de | www.bga.de

Chefredaktion und V.i.S.d.P.: André Schwarz
Redaktion: Iris von Rottenburg
(in Zusammenarbeit mit den BGA-Fachabteilungen und den BGA-Mitgliedsunternehmen)

Redaktionsschluss: 29. Januar 2016
»DIREKT AUS BERLIN« erscheint wöchentlich